

CVP-Präsident Gerhard Pfister

1. Seit 2011/2012 sind gegen Syrien drakonische Sanktionen in Kraft, die nicht von der UNO legitimiert sind. Der Bundesrat lehnt nicht nur eine Anpassung seiner Sanktionspolitik, sondern auch eine genaue Überprüfung der Auswirkungen auf die syrische Zivilbevölkerung ab. Dabei gibt es zahlreiche Berichte – jüngst von UNO-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy –, die überzeugend darlegen, dass die Sanktionen das Leben der Syrerinnen und Syrer massiv beeinträchtigen und zur Emigration beitragen. Wie ist Ihre Haltung zu den Sanktionen gegen Syrien und zur Position des Bundesrats?

In einer derart schwierigen, unübersichtlichen und komplexen Kriegslage ist es enorm schwierig, politisch das Richtige zu tun. Sanktionen gegenüber dem Regime Assad lassen sich durchaus rechtfertigen, scheute dieses Regime ja nicht vor Giftgasattacken gegen die eigene Bevölkerung zurück. Auf der andern Seite ist von Sanktionen auch, manchmal sogar vor allem, die Zivilbevölkerung betroffen. Die Emigration aus Syrien ist aber meines Erachtens primär eine Folge des schrecklichen Kriegs, nicht der Sanktionen. UNO-Berichte sind immer auch politische Berichte. Zentral muss für die Schweiz der neutrale, humanitär orientierte Einsatz der Ressourcen sein.

2. Was tut Ihre Partei für die Syrerinnen und Syrer, insbesondere in Syrien selbst?

Die CVP unterstützt sämtliche Massnahmen für die Hilfe vor Ort. Sie setzt sich auch dafür ein, besonders gefährdete Menschen wie Frauen und Kinder, die oft nicht in der Lage sind, das Land zu verlassen, zu unterstützen. Die CVP unterstützt auch die Nachbarstaaten Syriens, die die weitaus grösste Last der Flüchtlinge zu schultern haben. Allein der Libanon hat 1,3 Mio syrische Flüchtlinge, die er in Camps zu betreuen versucht. Die CVP unterstützt deshalb auch alle Massnahmen, die zur Verbesserung der Situation in den Flüchtlingscamps beitragen. Zu den besonders Gefährdeten gehören leider auch Christen, die aufgrund ihrer Religion verfolgt und an Leib und Leben bedroht sind. Die CVP forderte schon lange, dass im Rahmen sogenannter Resettlement-Programme Christen besser geschützt werden sollen.